

AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac
Mainz [https://www.attac-netzwerk.de/index.php?
id=1205](https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205)

Nur per E-Mail an die Parteivorstände von

CDU: kgs@cdu-mainz.de

SPD: ub.mainz-stadt@spd.de

Bündnis 90 Grüne: [mail\(at\)gruene-mainz.de](mailto:mail(at)gruene-mainz.de)

FDP: info@fdp-mainz.de o o@fdp-mainz.de

Die Linke: info@dielinke-mz.de

ÖDP: mainzoedp-rlp.de

Piraten: kontakt@piraten-rlp.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Hinblick auf die am 26. Mai 2019 anstehenden Kommunalwahlen bitten wir Sie hiermit den folgenden, aus vier Fragen bestehenden Frage-Katalog an alle Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl (Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat) weiterzuleiten, verbunden mit der Bitte, dass diese per E-Mail an folgende Adresse haugr@gmx.de uns bis zum

23. April 2019

ihre Antworten zukommen lassen.

Wir würden sodann die (nicht) erfolgten Antworten auswerten und in geeigneter Weise veröffentlichen. Hierfür bedanken uns im Voraus recht herzlich.

Freundliche Grüße

Roman Haug

co Arbeitskreis Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz [https://www.attac-
netzwerk.de/index.php?id=1205](https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205)

Anlage: Frage-Katalog

Frage-Katalog des AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz

<https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Name der Kandidatin/ des Kandidaten:

Christine Eckert

Partei: Bündnis 90/Die Grünen

Derzeitiger Listenplatz auf der Liste: 15

Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Mainz künftig insbesondere in Fällen potentieller Wohnbebauung von ihrem im Baugesetzbuch (§§ 24 ff. BauGB) verankerten Vorkaufsrecht Gebrauch macht, oder hiervon lediglich gegen Auflagen im Hinblick auf soziale und ökologische Standards, die der Investor zu erfüllen hat keinen Gebrauch macht?

Die Fragestellung ist etwas unklar. Ich hoffe, ich treffe das Thema und beziehe mich auf unser Programm für Mainz, das meinen Ansichten entspricht und das ich vertreten werde: Wohnen ist ein soziales Gut und für die Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen von elementarer Bedeutung. Wir GRÜNE wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Kommunen, in denen Wohnraumknappheit besteht, die Möglichkeit erhalten, ein Zweckentfremdungsverbot per Satzung im Stadtrat zu beschließen. Auf Bundesebene muss das Vorkaufsrecht für Kommunen auch für solche Immobilien gestärkt werden. Zudem wollen wir GRÜNE eine Strategie der sozialen Bodennutzung implementieren. Das bedeutet, dass die Stadt systematisch Grundstücke, insbesondere von Bund und Land, zum Bodenrichtwert kauft und damit zügig Baulücken, Brachflächen und andere Flächen zur Wohnbebauung mit bezahlbaren Wohnungen oder zur Schaffung zusätzlichen Freiraums nutzt.

Frage 2: Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass es zu keinerlei Privatisierung öffentlichen Raums in Mainz kommt?

Auch hier beziehe ich mich auf das Programm: Die Verdrängung öffentlicher Freiräume durch Veräußerungen an Private wollen wir stoppen. Und auch sonst ist eine Privatisierung öffentlichen Raums zu vermeiden. Nur in wenigen Ausnahmefällen – zum Beispiel bei sehr kleinteiligen Flächen, die nicht öffentlich zugänglich sind und deren Verkauf die Raumstruktur nicht ändert, und bei Flur- und Grenzvereinbarungen – kann eine Veräußerung sinnvoll sein

Frage 3: Werden Sie sich aktiv für die Verabschiedung einer Transparenzsatzung der Stadt Mainz einsetzen, welche im Wesentlichen analog zum Transparenzgesetz RLP Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger schafft (Hinweis: Dabei würde es selbstverständlich auch genügen, dass eine solche Transparenzsatzung künftig die Möglichkeit einräumt als Holschuld entsprechende amtliche Informationen auf Anfrage zu erlangen, ohne dass hierdurch eine Bringschuld der Verwaltung mit dem entsprechenden administrativen Aufwand konstituiert würde)?

Ich bin überzeugt, dass eine transparente Politik Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist. In Mainz wurde mit dem Ratsinformationssystem ein transparentes Bürger*inneninformationssystem eingeführt: Sitzungstermine kommunaler Gremien, Tagesordnungen und Beschlussvorlagen sind so für alle interessierten Bürger*innen online verfügbar. Wir GRÜNE werden uns weiter dafür einsetzen, Informationsgrundlagen für demokratische Beteiligungen zu erweitern. Daher wollen wir eine Veröffentlichung sämtlicher städtischer Daten auf der Transparenzplattform des Landes vorantreiben, soweit dies mit dem Schutz persönlicher Daten vereinbar ist.

Frage 4: Werden Sie sich nach dem Vorbild anderer Kommunen (z. B. Heidelberg, Gießen etc.) für die Verabschiedung einer kommunalen Satzung zur Herbeiführung tatsächlicher Bürgerbeteiligung einsetzen, die sich nicht (erneut) in bloßen Alibimaßnahmen erschöpft, sondern echte Entscheidungskompetenzen einräumt?

Wir GRÜNE setzen auf gute Beteiligungsverfahren im Vorfeld von Ratsentscheidungen, weil sie helfen, die erreichbare oder fehlende Akzeptanz von Vorhaben frühzeitig zu erkennen und die Planungsergebnisse so zu entwickeln, dass sie nicht durch Einwohnerentscheide verworfen werden. Die Beteiligung soll durchgeführt werden, noch bevor die Stadt zu bedeutenden Vorhaben Gestaltungswettbewerbe ausruft und dabei Vorgaben macht, nach denen sich die eingereichten Entwürfe zu richten haben.